

## Bewertung der Erfahrungen und Erkenntnisse und ihr Transfer in Zukunftsstrategien

### Zur Situation

Der tiefgreifende gesellschaftliche Wandel macht auch vor der Arbeitswelt, vor Schule und Beruf nicht Halt. Er erschwert die Lebensplanung insbesondere für junge Menschen in hohem Maße. Wie immer in Zeiten des Umbruchs ist die Verunsicherung groß. Bisherige Systeme zerfallen, Bruchstücke halten sich oftmals unterschiedlich lange, ehe sich Neues herausbildet und dem einzelnen Menschen wieder ein gewisses Maß an Sicherheit in sein eigenes Tun gibt. Unser gegenwärtiger Zustand erscheint mir durch eine Phase der Suche geprägt, wobei die Überwindung von Überholtem bzw. nicht mehr zukunftssträchtigen Systemen noch nicht abgeschlossen ist. Das gilt für das allgemein bildende Schulsystem nach PISA wie für das seit Jahren kränkelnde duale Berufsbildungssystem. Gerade die Benachteiligtenförderung lässt besonders deutlich erkennen, wie weit die berufliche Bildung sich inzwischen von der Idee dieses in der Vergangenheit effektiven Systems entfernt hat. (Die Zahlen meiner Vorredner unterstreichen diese Entwicklung deutlich).

Wenn die Wirtschaft heute weit über zwei Drittel ihrer Fachkräfte aus den berufsbildenden Schulen, aus SGB III finanzierten Berufsbildungsmaßnahmen bezieht und wenn man die Ausbildungsstellen dazu nimmt, die ebenfalls von der Bundesanstalt finanziert werden, dann kann man allein unter diesem monetären Gesichtspunkt von einer „Verstaatlichung“ der Berufsausbildung sprechen. Aber unabhängig davon verweisen auch andere Entwicklungen auf den angesprochenen Zerfallsprozess: „Das ist das Tempo des Fortschritts, das zu wachsender Ausgrenzung führt“, stellte Bundespräsident Rau vor zwei Jahren fest.

Die durch die EDV ermöglichte Informationsexplosion hat ihr Negativum in einem Wissenszerfall, der z. B. im Bereich der Informatik alle fünf Jahre mit zunehmender Beschleunigung den kompletten Neuerwerb von Wissen verlangt. Wer hier nicht mithalten kann, ist „draußen“.

Aber auch die prägenden und tragenden sozialen Instanzen wie Familie, Schule, Glaubensgemeinschaften, Peer-Groups, Vereine usw. können nicht mehr die Sicherheit geben wie früher. Sie haben in unserer stark plurali-

sierten Gesellschaft ihre Gültigkeit für die heranwachsenden jungen Menschen verloren (s. dazu auch die verschiedenen Jugendberichte der Bundesregierung). Der Zwang zur „Selbstgestaltung“ – ein Begriff der mir gut gefällt –, er ist von Josef Rützel eindrucksvoll dargestellt worden, ist daher so groß wie nie in der neueren Geschichte und vielleicht nur noch vergleichbar mit dem Zeitalter der Aufklärung.

Lebensperspektiven können also nicht mehr sozial „vererbt“ oder von bewährten Modellen abgeleitet werden. „Erfinde dich selbst“ heißt die Devise für einen jungen Menschen, der nur noch wenige allgemein gültige Orientierungshilfen erhält.

Die Shell-Studie zeigt, dass die Jugendlichen diese Situation richtig einschätzen: Beruf ist nicht mehr die vorgegebene Ordnung, in die man sich einbringt, sondern ein selbstgewähltes Lebenskonzept, für das man sich persönlich einsetzt. War zu meiner Zeit ein wichtiges Ziel unserer Lehrer, uns das Orakel von Delphi als Motto mit auf den Weg zu geben, nämlich „Erkenne dich selbst“, ist die heutige Forderung des „Erfinde dich selbst“ kennzeichnend für die neuen Herausforderungen. Hier finde ich einen Zusammenhang zu dem Motto „Wir brauchen sie alle“, das Herr Matzdorf gestern in die Debatte eingebracht hat. Aber nicht nur die nachwachsende junge Generation steht vor der Situation der sozialen Umbrüche und Verwerfungen. Auch die Erwachsenen haben Probleme mit der Jugend ganz allgemein. Damit meine ich nicht nur die benachteiligten Jugendlichen. Im 11. Jugendbericht wird diese Tatsache beschrieben. Diese, z.T. in Ablehnung ausgedrückte Grundhaltung spielt auch eine Rolle bei der Frage, ob ein Betrieb es sich antun will, sich mit aufsässigen, unordentlichen oder sonst wie schwierigen Jugendlichen auseinander zu setzen. Die Erfahrungen unserer Einrichtungen belegen diese Haltung.

Die vielfältigen Erscheinungen unserer gesellschaftlichen Situation, die auch als Krise der Institutionen Schule, Kirche, Familie und Bundesanstalt beschrieben werden kann, sind für die zukünftige Ausrichtung eines Trägers wie dem IB von zentraler Bedeutung. Wenn sie nicht beachtet werden, kann nicht seriös über zukünftige Integrationsstrategien für benachteiligte Jugendliche gesprochen werden.

### Neue Wege

Weitgehend Einigkeit herrscht immer noch darüber, dass die Suche nach einem tragfähigen Lebenskonzept die Integration in Arbeit einschließen soll.

Am Wie trennen sich allerdings schon wieder die Geister. Die Betriebe des Handwerks und der Wirtschaft verweisen auf ihre Hauptaufga-

ben, im weltweiten Wettbewerb bestehen zu müssen. Scharfe Kalkulationen verbieten angeblich teure Ausbildungen, so dass billigere Praktika bevorzugt angeboten werden. Die Schulen reduzieren sich auf Vermittlung von Wissen. Versuche, Leistungsbereitschaft zu wecken, sind manchmal leider etwas abgespalten von der Motivationslage der Schüler/innen, deren Lebenslagen und Realitätsverständnis auf anderen „Selbsterfindungen“ aufbauen als im Schulkonzept vorgesehen ist.

Die Familien sind in punkto Erziehungsziele und Lebensstil auf die Freiheit ihrer persönlichen Zuständigkeit reduziert und alleingelassen worden; die Zahl der Krisen, nachgewiesen durch die Statistiken der Erziehungsberatungsstellen, belegen diesen Zustand deutlich.

Die Erfahrungen in besonderen pädagogischen Situationen mit benachteiligten Jugendlichen liegen bei den freien Trägern, die sich ihre Kompetenzen z.T. in der Jugendhilfe und zum anderen Teil in der Berufshilfe erworben haben.

Eine neue Systematik von Berufsausbildung muss deshalb aus komplementären Instituten bestehen, die das Vernetzen zwischen Familie, Schule und Beruf mit und ohne eigene Angebote zum Ziel hat. So wie heute auch von der Wirtschaft die Kooperation zwischen den Betrieben unter dem Aspekt der Kostenminimierung und Steigerung von Qualität hochgelobt wird, muss auch hier gelten: Jeder tue, was er am besten kann und zwar nicht kompensierend, sondern komplementär, sich gegenseitig ergänzend.

Jugendsozialarbeit als Reparaturbetrieb ist unter dieser Perspektive nicht mehr zeitgemäß und somit in der traditionellen Form abzulehnen.

Dafür muss eine Förderstruktur für Benachteiligte gefunden werden. Das Netz muss geknüpft werden aus Familie, Schule, Betrieb und freien Trägern. Ihre Stärken bestimmen die Aufgaben, die sie aufeinander abzustimmen haben.

Einige wichtige Aspekte hierfür sind:

- Der Ausbildungsberuf wird immer weniger zum Abschluss einer Berufskarriere. Es ist Abschied zu nehmen vom Lebensberuf. Aufgrund der immer schneller fortschreitenden Technologisierung ist lebenslanges Lernen gefordert, die Vorbereitung beginnt im Kindergartenalter.
- Die in der Weiterbildung erworbenen Qualifikationen gewinnen an Bedeutung, während die primäre Berufsausbildung dementsprechend an Bedeutung verliert.
- Durch den Wandel an Facharbeit (Es wird nicht mehr mit der Maschine gearbeitet sondern an der Maschine) verlieren tradier-

te Qualifikationen wie Entwickeln, Warten und Reparieren an Bedeutung, neue Bedeutungen für den Sozialstatus werden sich daraus ergeben.

Zentral für die Zukunft ist also das Erlernen von Schlüsselqualifikationen. Erfolg hat, so wird Bildungsministerin Bulmahn zitiert, „wer über Sozialwissen und Lernmethoden verfügt“. Für die Zukunft sind grundlegende Informationen unabdingbar:

Das langfristige Zeitmuster, das die traditionellen Formen unserer Berufsausbildung charakterisiert, muss flexibler werden. Es muss sich an der kurzen, zyklischen und der hochflexibel angelegten Dynamik der Unternehmen orientieren.

Auch die berufliche Integrationsförderung muss sich darauf einstellen, dass Rhythmen und Zyklen kürzer werden. In einem zukunftsorientierten Berufsausbildungssystem können und wollen die Träger wichtige Aufgaben übernehmen. Im Folgenden möchte ich einige Beispiele aufführen, die das Leistungsspektrum und die Kompetenzen der Träger verdeutlichen.

Komplementäre, z.T. auch kompensatorische Funktionen finden sich wieder

- in der Unterstützung der Betriebe bei der Ausbildung durch Beratung und Begleitung von Jugendlichen, aber auch bei der Bewältigung von administrativen Aufgaben, wie diesbezügliche Klagen von kleinen Betrieben belegen;
- bei der Übernahme von Zusatzangeboten für Auszubildende wie zusätzlichem Unterricht und als Service für Betriebe in allen anderen Fragen der Ausbildung;
- bei der Übernahme von ganzen Teilen der Ausbildung für Betriebe, die dies nicht aus eigener Kraft können, etwa berufsfeldbreite Grundbildung für ganze Berufe im ersten Lehrjahr;
- in der Begleitung betrieblicher Maßnahmen bei der Berufsvorbereitung und der Berufsorientierung, wie sie im Berufsbildungsgesetz § 50 enthalten sind. Dazu ist es wünschenswert, wenn auch die Aufgaben der Träger im Berufsbildungsgesetz verankert würden, analog der Aufgaben der Berufsschulen.
- als Dienstleister für Jugendliche in Unternehmen sowie als Träger für Dienstleister für Jugendliche in Schulen;
- in der Rolle von Garanten für die Wahrnehmung der Möglichkeiten des Systems für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf;
- in Transferleistungen neuerer berufs- und sozialpädagogischer Erkenntnisse in das reguläre Ausbildungssystem in Berufsschu-

- len und Betrieben;
- als Betreiber und Pfleger des Netzes von Familie, Schule und Betrieb mit Hilfe der Techniken des sozialen Managements.

### Herausforderungen für freie Träger

In Modellversuchen wurde eine Vielzahl von Ansätzen zu Kooperation, Vernetzung, Organisation, Qualitätssicherung sowie zur Theorievermittlung und Persönlichkeitsentwicklung erarbeitet. Das Rad in der Benachteiligtenförderung muss also nicht neu erfunden werden. Es geht vielmehr darum, die Räder in Bewegung zu halten und miteinander zu verzahnen. Es geht auch darum, den Laborgeruch zu verlieren und in Serie zu gehen. Damit kann übrigens auch verhindert werden, dass die umfangreichen Erkenntnisse aus zahlreichen Experimenten einfach verloren gehen und der Vorwurf des 11. Jugendberichts wiederholt werden muss, in der Jugendberufshilfe gäbe es einen Subventionsdschungel, weswegen finanzielle Mittel oft nicht wirksam eingesetzt werden könnten.

Zum Abschluss nenne ich noch einmal in verdichteter Form die vier wichtigsten Innovationsnotwendigkeiten:

- (1) Das ist zum Ersten die strukturelle Anpassung an technische, arbeitsorganisatorische und ökonomische Veränderungen. Hierzu ist es vor allem nötig, dass Berufsvorbereitung und -ausbildung sowie Weiterbildung in einem logisch aufgebauten Qualifizierungssystem, zu „Baukästen“ der Module für Teilqualifikationen, verbunden werden. Anpassungen an besondere betriebliche Anforderungen, also Teilqualifikationen, müssen ebenfalls möglich sein. Ich denke hierbei an ein Gesamtsystem von Modulen, deren erste Stufe schon in der Schule erworben werden kann. Darauf aufbauend folgen die Teile, die für besondere Tätigkeiten Voraussetzung sind. Eine bestimmte Anzahl von solchen aufeinander aufbauenden Modulen ergibt eine Berufsqualifikation. Daneben liegen die Module der Anpassungsqualifikation, darüber die der Weiterbildung. Das System lässt sowohl auf der horizontalen wie auch vertikalen Achse weiteren Spielraum. Es kann bis zum Ende des beruflichen Lebensabschnitts benutzt werden. Damit ist die Forderung von L3, das lebenslange Lernen, erfüllt.
- (2) Individualisierung und Flexibilisierung, d.h. Kompetenzfeststellung und Förderplanung müssen weiter ausgebaut werden.
- (3) Regionale Netzwerke zwischen Familien, Betrieben, Schulen, Bildungsträgern und der Jugendberufshilfe/Jugendsozialarbeit

müssen geschaffen bzw. gefestigt werden, regionale Kooperation erreicht werden.

- (4) Die vierte Innovationsnotwendigkeit liegt in der Organisationsentwicklung. Flexible, dezentrale Organisationsstrukturen müssen entwickelt und transparent gemacht werden.

Für die aktuelle Umbruchsituation in Deutschland gilt: Wer Neues will, der muss einen entsprechenden Gestaltungswillen entwickeln. Dieser sollte sich auf Ziele konzentrieren, die den dargelegten Forderungen entsprechen. Ein besonders wichtiges Beispiel sehe ich im angedeuteten Entwurf eines neuen Berufsbildungssystems, das der Forderung der EU nach lebenslangem Lernen entsprechen kann. Die Forderung benachteiligter junger Menschen könnte damit besser ins durchlässige Gesamtsystem als bisher integriert werden, – was für die Betroffenen wie auch die Bildungsträger manche Vorteile enthält.

Das Durchsetzen solcher Ideen ist eine politische Aufgabe. Und da befinden wir uns bereits wieder in einem anderen Feld.

Nach Aussage der jetzigen Bundesregierung gehören zu den wichtigsten derzeit erforderlichen Zukunftsinvestitionen die Aufwendungen für die berufliche Eingliederung junger Menschen. Darin sind die Benachteiligten ausdrücklich eingeschlossen, und Europa fordert die Mitgliedsstaaten auf, eine Gesellschaft ohne Ausgrenzung zu schaffen. Hoffen wir, dass diesen Einlassungen auch die nötigen Unterstützungen folgen.

Wir, die wir heute alle aus unterschiedlichen professionellen Sichtweisen Wege zu diesen hohen Zielen aufweisen, tun dies zu Ehren von Dr. Thiel. Er hat diese Ziele ein Berufsleben lang verfolgt und manchen Weg geebnet, auf dem wir hoffentlich erfolgreich weitergehen können. Dafür sind wir ihm unseren Dank schuldig.